

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Delegation für die Beziehungen zu Israel

28. Interparlamentarisches Treffen Europäisches Parlament /Israel
13. - 19. März 2004

Bericht von Herrn Willi Görlach, Vorsitzender der Delegation

I. Einführung

Die Arbeitsgruppe wurde von Herrn Willi Görlach, dem Vorsitzenden der Delegation für die Beziehungen zu Israel geleitet. Die anderen Mitglieder waren die Herren Jan Dhaene (stellvertretender Vorsitzender), van Dam, Pannella und van den Bos.

Die Gespräche fanden in einer offenen Atmosphäre statt, die Auswahl der Gesprächspartner entsprach den Vorstellungen der Delegation. Der Besuch, der angesichts der aktuellen Situation als sehr wichtig bezeichnet wurde, wurde allerdings durch einen Selbstmordanschlag überschattet. Kurz nach der Ankunft der Delegation am 14. März wurde im Hafen von Ashdot (südlich von Tel Aviv) ein Attentat verübt, bei dem mehrere Menschen den Tod fanden. Die Delegation des EP, Vertreter des aus der EU stammenden diplomatischen Corps und der Leiter der Delegation der Kommission legten an dem Ort einen Kranz nieder.

Kurzfristig wurde ein Besuch im Supreme Court eingefügt, in dessen Verlauf sich die Delegation eine Vorstellung von der Arbeit des obersten Gerichts machen konnte.

Am Schluss des Aufenthalts fand eine Pressekonferenz statt.

II. Gespräche mit EU-Vertretern

Bei diesem Treffen, bei dem sich insbesondere Angehörige der irischen Präsidentschaft, der italienischen, niederländischen und ungarischen diplomatischen Vertretungen sowie die Leiter der Delegationen der Kommission für Israel und Westjordanland und den Gazastreifen zu Wort meldeten, ging es insbesondere um die Beziehungen der EU zu Israel und die Road Map.

Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass sich seit dem Besuch der Delegation vor fast einem Jahr einiges in Israel verändert habe: die wirtschaftliche Situation habe sich verschlechtert und auf politischem Gebiet zeichne sich ein Umdenken ab. Ministerpräsident Sharon habe erkannt, dass ein erweitertes Europa für Israel an Bedeutung zugenommen habe. Ausserdem habe er mit seinem Vorstoss, die Siedlungen in Gaza aufzugeben, Initiative gezeigt, die von ihm niemand erwartet habe.

Das Verhältnis Israels zur palästinensischen Autonomiebehörde wurde als problematisch bezeichnet. Dennoch gebe es Zeichen von Hoffnung: Im Rahmen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel seien auf Wunsch Israels auch der palästinensische Vertreter hinzugezogen worden. Es gebe jetzt im Wassermanagement trilaterale Gespräche. Würde Israel von Seiten der EU boykottiert, würde dies auch Palästina betreffen.

Die Beziehungen zwischen der EU und Israel hätten sich in der letzten Zeit gebessert. So gebe es vielversprechende Fortschritte gerade auf wissenschaftlichem Gebiet; das Projekt Galileo und die Zusammenarbeit im Energiebereich wurden als Beispiele genannt. Dies schlage sich in einem zunehmenden Vertrauen Israels gegenüber der EU nieder. Auch das Problem der Ursprungsklausel für die in den besetzten Gebieten produzierten landwirtschaftlichen Produkte werde in Kürze einer Lösung zugeführt.

Allerdings dürfe bei allem Fortschritt nicht übersehen werden, dass die EU gleichzeitig den Friedensprozess im Rahmen des Quartetts voranbringen müsse.

Ein Thema, das bei vielen Gesprächen eine Rolle gespielt hat, war die Frage einer möglichen Mitgliedschaft Israels in der EU. Eine kürzliche Umfrage unter der Bevölkerung hatte eine Mehrheit für ein solches Vorhaben ergeben. Kritisch dazu wurde allerdings angemerkt, dass, wenn diese Umfrage einen Beitritt zu den USA betroffen hätte, ein ähnlich positives Ergebnis erzielt worden wäre.

III. Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen

1. Israeli-Palestinian Bereaved Families for Peace

Die über 500 Mitglieder zählende Organisation, die 1995 gegründet wurde und von der Kommission bisher mit 1 Mio € finanziell unterstützt wurde, und deren Mitglieder in dem zwischen Palästinensern und Israelis andauernden Konflikt Angehörige verloren haben, hat sich zum Ziel gesetzt, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen. Dabei werden folgende Wege beschritten:

- Besuch in israelischen und palästinensischen Schulen
- Telefonaktion: Hello Peace mit 250.000 Anrufen zwischen Palästinensern und Israelis
- Blutspendenaktionen von Angehörigen beider Völker

Einseitige Aktionen, die entweder nur die Palästinenser oder nur die Israelis unterstützten, würden nicht zur Konfliktlösung beitragen, eher zu ihrem Gegenteil.

Um dieser Organisation mehr Gewicht zu verleihen sei man dabei, herausragende Persönlichkeiten als Mitglieder zu gewinnen, wie Prinz Hassan von Jordanien und die frühere amerikanische Aussenministerin Albright.

2. The Jerusalem Center for Public Affairs

Prof. Steinberg, der Vertreter dieses Centers, sparte nicht mit Kritik an der EU: Sie solle strengere Maßstäbe im Hinblick auf die Auswahl der von ihr finanzierten Organisationen treffen. Zu viel Geld werde an die falschen Einrichtungen gezahlt. Im übrigen kritisierte er den Repräsentanten der kurz vorher von der Delegation angehörten Organisation. Diese sei nicht repräsentativ und verfolge die falschen Ziele.

3. Moshe Dayan Center for Middle East and African Studies

Professor Asher Susser zeigte sich sehr kritisch im Hinblick auf die Situation in der arabischen Welt: die arabischen Länder verlören das Interesse an dem israelisch-palästinensischen Konflikt, da sie zu sehr mit sich selbst beschäftigt seien. Die Agenda im Nahen Osten werde bestimmt durch die USA, Iran, Israel und die Türkei. Auch die arabischen Gipfeltreffen zeigten keinerlei Ergebnisse. Selbst die neue Initiative, ein arabisches Parlament zu gründen, werde nicht von Erfolg beschieden sein. Dabei sei es seiner Meinung nach durchaus möglich, Demokratie und Islam zu verbinden unter der Voraussetzung einer strikten Trennung zwischen Staat und Religion.

Aber auch im Hinblick auf die Zukunft Israels zeigte er sich pessimistisch: auf die Dauer könne Israel der arabischen Übermacht nicht standhalten; dies insbesondere wegen der demographischen Entwicklung. Zwar habe die Immigration der russischen Juden Anfang der 90er Jahre das Gleichgewicht aufrecht erhalten, benötigt aber würden jährlich 250.000 Einwanderer, damit die jüdische Bevölkerung im eigenen Land nicht zur Minderheit werde.

Die Initiative Sharons, den Gazastreifen zu evakuieren, sei zwar zu begrüßen, es sei aber fraglich, ob die Siedler selbst eine in der Knesset zustande gekommene demokratische Entscheidung akzeptierten, da für sie nur Gott als Bezugsperson gelte.

4. Physicians Human Rights

Diese, im Jahre 1988 gegründete Nichtregierungsorganisation, die von der EU unterstützt wird, hat sich 1980 in einen israelischen und einen palästinensischen Teil gegliedert, und sieht sich mit folgenden Problemen konfrontiert:

- 70 % der Krankenwagen in den besetzten Gebieten könnten nicht zu ihren Patienten gelangen. Die Patienten müssten zu den Checkpoints kommen, von denen 90 % sich nicht auf der "grünen Linie", sondern innerhalb der besetzten Gebiete befänden. Inzwischen würden mobile Kliniken eingesetzt.
- 100.000 der 300.000 Fremdarbeiter befänden sich illegal in Israel und würden von ihrer Organisation in offenen Kliniken medizinisch betreut.
- 76.000 Bewohner lebten in "unrecognised villages" und würden von ihrer Organisation betreut.

Der israelische Vertreter der Organisation hob die gute Zusammenarbeit mit seinen palästinensischen Kollegen hervor und verurteilte nachdrücklich sowohl die Selbstmordanschläge wie die Besetzung durch israelisches Militär.

5. Yesh Gvul

Diese Bewegung - sie würde von ihren Vertretern ausdrücklich als solche und nicht als Organisation bezeichnet - wurde 1982 anlässlich der israelischen Invasion im Libanon gegründet und verurteilt jegliche Besetzung fremden Landes, sei es nun im Libanon, Palästina oder anderen Gebieten auf der Welt. Ihr Ziel ist es, den Soldaten ihre Situation bewusst zu machen und Befehle kritisch zu hinterfragen im Sinne eines demokratischen Ansatzes. Dabei verstehen sie sich nicht als Pazifisten, lehnen es aber ab, Zivilisten anzugreifen. Um dem Militärdienst zu entgehen, gebe es zwar theoretisch die Möglichkeit eines Zivildienstes, in der Praxis gelte dieser jedoch nur für Frauen. Seit 2001 hätten 1.300 Männer ihren Dienst verweigert, 250 von ihnen hätten ihm Gefängnis eingesessen.

6. Representatives of "The people's voice", 2 states for 2 people

Die Vertreter beider Bevölkerungen zeigten sich zufrieden über die Reaktionen, die ihre Aktionen ausgelöst hätten: 170.000 jüdische Mitbürger und 7.000 israelische Araber unterstützten diese Initiative in Israel, auf palästinensischem Gebiet 135.000 im Westjordanland und 45.000 in Gaza. Die Mitglieder der US-Regierung Powell und Wolfowitz unterstützten ebenfalls diese Aktion, die einen friedlichen Ausgleich der beiden Bevölkerungen zum Ziel habe. Von palästinensischer Seite wurde hinzugefügt, dass sie eigentlich nichts gegen die Trennungsanlagen einzuwenden hätten, jedoch hätten die Anlagen auf der grünen Linie gebaut werden müssen.

IV. Gespräche mit Vertretern offizieller Einrichtungen

1. Jeremy Issacharoff, Abteilungsleiter im Aussenministerium

Zunächst ging es hierbei um die Sicherheitslage in Israel: 900 israelische Bürger hätten seit Beginn der zweiten Intifada ihr Leben verloren. Die Hizbollah im Südlibanon besäße 10.000 Raketen mit einer Reichweite von ca. 40 km. 200 Raketen seien in Syrien stationiert, deren Reichweite mit Hilfe von Nord-Korea erweitert worden sei. Waffen würden vom Iran über Syrien in den Libanon geliefert.

Dies aber zeige, wie wichtig ein starkes militärisches Israel sei, das über ein Atomwaffenprogramm verfügen müsse, zumal sich Israel weder auf die Nato und noch nicht einmal auf die USA stützen könne, da es keine Bestandsverträge gebe. Im Unterschied zum Iran habe Israel nie den "Non-Proliferation Treaty" (NPT) unterzeichnet, es sei auch niemals danach gefragt worden.

- **Israelisch-Palästinensischer Konflikt**
Er bedauerte, dass die israelische Regierung keinen verlässlichen Ansprechpartner auf palästinensischer Seite habe. Die einzige politisch ernst zu nehmende Bewegung, die Fatah, neige inzwischen auch immer mehr dem Terrorismus zu. Hamas würde zur Hälfte aus Saudi-Arabien finanziert, die andere Hälfte aus Stiftungen und dergleichen.
- **Syrien**

Leider habe es bei den Gesprächen, die vor Jahren in Genf stattgefunden haben und die Golanfrage zum Gegenstand hatten, keinen Durchbruch gegeben. Die syrische Delegation sei damals nicht bereit gewesen, über diese Frage zu diskutieren und habe nach fünf Minuten den Verhandlungsraum verlassen.

- Libanon
Dieses Land könne als syrischer Hinterhof angesehen werden. Solange sich die syrischen Truppen in diesem Land aufhielten, könne die libanesische Regierung keinen Einfluss auf die Hizbollah ausüben.
- Irak
Er bezeichnete es als schwierig daran zu glauben, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besäße. Der Fall des Irak mache es möglich, dass Israel positive Beziehungen zu seinen Nachbarn aufnehmen könnte.
- Iran
Der Iran habe heimlich ein Atomprogramm aufgebaut, das von der Atombehörde in Wien nach iranischem Wunsch nicht kontrolliert werden sollte. Iran sei weiterhin ein grosser Exporteur von Waffen und übe damit einen negativen Einfluss auf die Region aus.

2. Gespräch mit dem Aussenminister

Der Minister sprach insbesondere die Sicherheitslage und die Rolle der Organisation Hamas an. Diese Organisation sollte von der EU auf die Terroristenliste gesetzt werden, damit ihr die finanzielle Unterstützung möglichst entzogen werde. Im übrigen sei die Regierung immer noch der Road Map verpflichtet, allerdings fehle ihr auf palästinensischer Seite ein zuverlässiger Partner.

Im Hinblick auf die syrische Regierung zeigte er sich über die Ablehnung Assads zu einer von Präsident Katzav ausgesprochenen Einladung enttäuscht. Er stellte folgende Forderungen an die syrische Regierung:

- Schliessung aller terroristischen Einrichtungen in Damaskus
- keinerlei Hilfe mehr für die Hizbollah
- Ende der syrischen Besetzung im Libanon (1 Million Syrer arbeiteten im Libanon; Korruption, Drogenhandel und die Wirtschaft würden von den Syrern beherrscht).

3. Gespräche in der Knesset

Zunächst wurde vom Speaker der Knesset und der Leiterin der Knesset-Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament auf die guten Beziehungen zwischen den beiden Delegationen hingewiesen.

In den anschliessenden Gesprächen wurden von den Repräsentanten der einzelnen Parteien Stellung zu verschiedenen wichtigen Themen bezogen:

a) Likudpartei

- Rückzugsplan aus Gaza

Die Likudpartei sei eine grosse Volkspartei, in der es unterschiedliche Meinungen zu diesem Plan gebe. Viel hänge von der Unterstützung durch die USA ab, zumal man keinen verlässlichen Partner auf palästinensischer Seite habe.

- Trennungszaun
Der Zaun sei nur aus Sicherheitsgründen errichtet worden, entspreche daher den Sicherheitsbedürfnissen der Israelis und nehme keine politische Grenzziehung vorweg.

b) Arbeiterpartei

- Rückzugsplan aus Gaza
Diese Partei unterstützt einen Rückzug aus Gaza, aber es gelte, noch folgende kritischen Punkte zu berücksichtigen: der Plan sei noch nicht fertig, die Diskussionen innerhalb des Likud noch nicht beendet, die Reaktion der USA sei nicht bekannt und fraglich sei, ob Sharon diesen Plan politisch überleben werde.
- Trennungszaun
Eine Zwei-Staatenlösung mit einer Trennung sei unvermeidlich, allerdings sei der jetzige Verlauf nicht akzeptabel.
- Arafat
Die Tatsache, dass Arafat Präsident der Palästinenser ist, sollte der israelischen Regierung keinen Vorwand bieten, nicht mit den Palästinensern zu verhandeln.
- Beziehungen Israel-EU
Die Mehrheit der Israelis fühle sich sehr zu Europa hingezogen. Israel als kleiner Staat könne auf Dauer nicht allein überleben. Gedacht werden könne an eine besondere Partnerschaft Israels und Palästinas mit der EU.
- *Shinui-Partei*
Als liberale Partei setze sie sich für Menschenrechte, zivile Heirat, Religionsfreiheit und Rechte für Homosexuelle ein. Einen Ersatzdienst, wie von den Refuseniks gefordert, lehne sie allerdings in Kriegszeiten ab. Ebenso spreche sie sich für einen Wehrdienst auch für die orthodoxen Juden aus. Ihnen seien dank der Shinui-Partei finanzielle Mittel gekürzt worden.
Sharon habe sich zu einem moderateren Politiker entwickelt, der mehr und mehr die Linie der Shinui-Partei verfolge.
- Trennungszaun
Israel baue keine Mauer, sondern eine Barriere. Allerdings zeigte sich auch diese Partei kritisch zu dem Verlauf der Mauer.

d) Orthodoxe

- Trennungszaun
Auch der Vertreter dieser Partei betrachtet den Zaun als eine Sicherheitsbarriere.

e) Arabische Liste

Diese Partei spricht sich gegen den Terrorismus aus, ist jedoch auch der Ansicht, dass die Palästinenser das Recht auf Verteidigung hätten. Gesprächspartner auf palästinensischer Seite gebe es genügend, die israelische Regierung aber sei an Verhandlungen nicht interessiert. Die Trennungslinie wurde als Besatzungslinie bezeichnet.

4. Gespräch mit dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Shimon Peres

Herr Peres äusserte sich positiv zu dem Rückzugsplan aus Gaza. Wenn nicht bald eine Entscheidung getroffen werde, werde Sharon die Kontrolle über die Situation verlieren, zumal die demographische Entwicklung für Israel ungünstig sei.

Er befürwortete den Trennungszaun, der Verlauf müsse allerdings berichtigt werden. Die allgemeine Situation bezeichnete er als festgefahren, weder die Palästinenser kämen mit dem Problem der terroristischen Gruppen zurecht noch zeichne sich auf israelischer Seite eine Lösung mit den Siedlern ab. Beide Seiten seien daher auf Hilfe von aussen angewiesen. Eine besondere Partnerschaft zur EU sei sicherlich hilfreich.

Im Bezug auf den Iran befürwortete er ein abgestuftes Vorgehen: nach politischem und wirtschaftlichem Druck wäre auch eine militärische Intervention nicht auszuschliessen, falls der Iran vorher nicht eingelenkt habe. Wirtschaftlicher Druck könne nützlich sein, wie man am Beispiel Südafrikas und Libyens erfahren habe.

5. Gespräch mit dem Präsidenten

In seinen einleitenden Worten wies der Präsident darauf hin, dass sich die Situation seit dem letzten Treffen mit der EP-Delegation vor einem Jahr verschlechtert habe. Dies läge zum Teil daran, dass die destruktiven Elemente in der palästinensischen Gesellschaft die Überhand gewannen. Wenn dem Terror Einhalt geboten werden könnte, könnte es sofort zu Verhandlungen kommen, der Bau des Trennungszauns würde sofort gestoppt und Tausende von palästinensischen Arbeitern könnten wieder in Israel arbeiten.

Den aus Sicherheitsgründen errichteten Trennungszaun bezeichnete er als provisorisch, der Verlauf sei Gegenstand von politischen Verhandlungen, die am Ende stehen müssten. Er sei davon überzeugt, dass die palästinensische Autonomiebehörde (PA) den Terrorismus stoppen könne, zumal sie über 40.000 Soldaten, die Hamas nur über 1.000 Milizen, verfüge.

Die EU müsse grösseren politischen und wirtschaftlichen Druck auf die PA ausüben. Zudem würden Hamas und Hizbollah auf die EU hören.

Auf die Frage nach einer Mitgliedschaft Israels in der EU angesprochen, zeigte sich Präsident Katzav sehr positiv.

Bewertung

Bei den meisten der Gespräche wurde auf die zunehmende Bedeutung der EU für Israel hingewiesen. Dies drücke sich aus in dem zunehmend wichtiger werdenden Handelsverkehr, den Kooperationsabkommen im technisch-wissenschaftlichen Bereich und nicht zuletzt in der Zusammenarbeit im Galileoprojekt. Die Erweiterung der EU mit der Konsequenz einer unmittelbaren Nachbarschaft durch die Mitgliedschaft Zyperns rücke die EU näher ins Blickfeld Israels.

Es wurde angeregt, dass das Parlament auf einen regeren Austausch von Schülern und Studenten Wert legen solle.

Zur Friedenslösung sollte folgendes angeregt werden:

Nur noch solche Organisationen, die sich auf beiden Seiten durch gemeinsame Aktivitäten für den Frieden einsetzen, sollten von der Kommission gefördert werden.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen, im Speziellen der jüngsten Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen mit der Knesset und dem Dialog mit der israelischen Zivilgesellschaft, ist darauf zu achten, dass das Verhältnis zu unseren Partnern im Rahmen eines regelmäßigen gegenseitigen Austausches auch zukünftig gepflegt wird. Dabei sollten neben der Delegation auch vermehrt Fachausschüsse mit Berührungspunkten zu der Region des Nahen Ostens die Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Israel nutzen, um die Verbindungen auf eine breite Basis zu stellen.